Resumee der Antworten der Parteien zum Wahlprüfstein „UNESCO Konvention 2001 zum Schutz des Unterwasserkulturgutes“ für die Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016

Die demokratischen Mandatsbewerber CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE befürworten die Ratifizierung der Konvention durch den Deutschen Bundestag. Sie erkennen aber u. M. nicht das politische Potential und den Gewinn für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. In allen UNESCO-Vertragsstaaten, die die Konvention 2001 ratifiziert haben, hat das politische und institutionelle Interesse am Schutz und der Erforschung des Unterwasserkulturerbes einen ungeahnten Anstoß erfahren. Dort wurden viele Programme in einer Art und Richtung gestartet, wie sie besonders auch dem Land Mecklenburg-Vorpommern zu Gut und Nutzen kommen könnten.

CDU und SPD setzen auf die Koalitionsvereinbarung ihrer Parteien zum 18. Bundestag, verweisen mit der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) auf die Zuständigkeit des Bundestages, dessen Gesetzesvorlage aber auch die Länder zustimmen müssen.
Die UNESCO Konvention 2001 beschäftigt sich nicht nur mit dem Schutz des Unterwasserkulturerbes in der AWZ, sondern
- legt generelle Schutzprinzipien fest
- sie regelt und erleichtert die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Staaten
- untersagt grundsätzlich dessen private und kommerzielle Ausbeutung
- ist ein besseres Instrument für die internationale Zusammenarbeit bei und gegen
- Plünderungen
- verpflichtet die Vertragsstaaten zur Präferenz einer in situ - Konservierung von Fundstellen
- setzt im Annex niedergelegte Standards für deren wissenschaftliche Bearbeitung.

Diese Komponenten betreffen auch das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.

CDU
Sie betont die Langwierigkeit der Ausarbeitung eines Ausführungsgesetzes durch das Auswärtige Amt, erklärt sich aber nicht zum Stand der Vorbereitungen.

SPD
Die Berufung von Herrn Prof. Dr. Nüsse auf den Lehrstuhl für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Rostock ist ein erfreuliches Signal des politischen Willens. Wenn er in seiner wissenschaftlichen Arbeit der Unterwasserarchäologie besondere Aufmerksamkeit widmen wird, ist dies sehr zu begrüßen!

DIE LINKE
Sie verweist in ihrer Antwort auf ihren Einsatz für die UNESCO-Welterbe-Konvention und verlangt auch für die Umsetzung der UNESCO Konvention 2001 eine „strikte Ausgestaltung“, nennt aber keine Details.

Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Unterwasserarchäologie e.V. (DEGUWA)
c/o Peter Winterstein - Fasanenweg 2 - D-91088 Bubenreuth
Telefon: +49-9131/26609 -. E-Mail: info@deguwa.org
www.deguwa.org

Bündnis 90/Die Grünen
In der Antwort wird explizit der Mangel an Schutzvorschriften für die AWZ betont. Man erkennt auch den Mangel an verbindlichen Standards für wissenschaftliches Arbeiten und Schutzvorschriften gegen private Ausbeutung, die Gegenstand der Konvention sind, an.

FDP
Sie will sich für die Unterzeichnung der Konvention auf Bundesebene einsetzen, national durch parlamentarische Anfragen und eine Bundesratsinitiative, international über parlamentarischen Gremien der Ostseeanrainerstaaten.
In ihrer Zeit als Koalitionspartner der Bundesregierung hat die FDP solche Initiativen vermissen lassen.

NPD
will sich mit der Konvention erst einmal beschäftigen.

AfD
Es kam keine Rückmeldung.